

E 1.12.1



Gemeinsamer Antrag BDKJ, Bündnis 90/Grüne, CDU, FDP, Paritätischer Wohlfahrtsverband

An die
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Herrn Ewald Keils
Rathaus

53332 Bornheim

01.12.2011

Aktualisierung der Spielplatzbedarfsplanung

Sehr geehrter Herr Keils,

die Verwaltung wird vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen beauftragt,

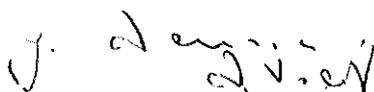
- darzustellen, welche Veränderungen sich zum beschlossenen Spielplatzbedarfsplan zwischenzeitlich in welchen Ortsteilen ergeben haben,
- darzustellen, welche Korrekturmaßnahmen nun beabsichtigt sind, mit welchen Kosten diese verbunden sind und wie die Finanzierung hierfür sichergestellt werden kann,
- darzustellen, welche notwendigen Konsolidierungsbeitrag alternativ erbracht werden kann,
- darzustellen, wie ein Konzept „Bürgerspielplatz“ aussieht und welche Satzung diesem zugrunde liegt.

Begründung:

In den Haushaltsberatungen 2010 hat die Verwaltung Einsparpotentiale durch Stilllegung von Spielplätzen vorgestellt, da auch der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe einen nicht in Frage zu stellenden Beitrag zur Konsolidierung erbringen musste. Neben Einsparungen wie im Bereich der offenen Jugendarbeit und Reduzierung der Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten wurde ebenfalls eine Einnahmeverbesserung durch die Erhöhung der Elternbeitragsatzung für Kindertagesstätten beschlossen. Die Beschlüsse in diesem Bereich, die nach langen Beratungen einstimmig gefällt worden sind, waren motiviert von der Auffassung, dass eine Stadt im Nothaushalt sich nicht nur über ausbleibende Unterstützung von Land und Bund beklagen kann, sondern auch die eigenen Ausgaben sehr genau hinterfragen

muss. In den Haushaltsberatungen 2010 wurde in diesem Zusammenhang von der Verwaltung eine 126 Positionen umfassende Sparliste vorgelegt, die alle Haushaltsstellen unter die Lupe genommen hat. Als Auswahlkriterien hat die Fachverwaltung die Frequentierung, die Kinderzahl im Einzugsgebiet und vorhandene Ausweichflächen gewählt. Diesen Kriterien hat sich der gesamte Jugendhilfeausschuss, Politik und freie Träger, angeschlossen, da den jugendpolitischen Akteuren bewusst war, dass es sonst zu einem unlösbaren Gerangel unter den einzelnen Ortschaften kommt. Einstimmig wurden die Einsparungen incl. der Stilllegung von Spielflächen auf den Weg gebracht. Keiner hat sich die Entscheidung zur Schließung von Spielflächen leicht gemacht. Zwischen Beschlusslage, Frühjahr 2010, und Umsetzung des Beschlusses liegt nun über ein Jahr und der Bürgermeister hat vor allem die Anwohner nicht darüber informiert, dass einige Spielflächen geschlossen werden müssen. Um nun nicht Einzelfalllösungen auf Zuruf herzustellen und andererseits keine Lawine von gewünschten und wünschenswerten Nachbesserungen im Verwaltungshandeln in Bezug auf die Spielplätze im Stadtgebiet auszulösen, ist es angezeigt, eine gesamtstädtische Lösung anzustreben, die allen Bürgerinnen und Bürgern und vor allem, den Kindern unserer Stadt in allen Ortsteilen gerecht wird. Die von der Verwaltung bereits eingeräumten Versäumnisse müssen überprüft werden und in eine aktualisierte Spielplatzbedarfsplanung einfließen darüber hinaus soll die Verwaltung darstellen, wie der ursprüngliche Konsolidierungsbeitrag nun aus diesem Bereich erbracht werden kann.


Michael Sebastian


Gabriele Deussen-Dopstadt


Petra Heller


Matthias Kabon


Michael Söllheim